

Freistaaten waren erdrienen. Neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer eigenen Heimat die Regierung übernommen haben und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil in Roten- oder Soldatenrot. Zwei lange Züge sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und Beigeordneten Platz genommen haben. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sprach Staatssekretär Sell über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den künftigen Nachbarn, wobei er die Lage des Reichs als auf äußerster Bedrängnis beruhte, sowohl durch den nächsten Vertragswilligen unserer Gegner, als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden Volksbeauftragten Ober eröffnet, der ausführte: Die Arbeit, die uns hier vereinigt, ist von allerhöchster Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernommen haben, haben wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die republikanisch-republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind:

### Schneller Friede und Sicherung des Wirtschaftslebens.

Wenn die Kriegsverhandlungen nicht bald möglich, haben sie die allerhöchste Wichtigkeit. Die Rettung heißt Bräutigamstriede. Angesehen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einbringen; denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos, ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reichs gestellt werden. Die Lebensförderung muß auf der Höhe gehalten werden. Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist einleuchtend, aber ohne Experimente nicht auf einzelne Punkte, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach genauem Studium und unter Führung der wirtschaftlichen Werte. Zum Beispiel es zu schaffen, wozu die engste Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Statut der Nationalversammlung zur Nationalversammlung in Beratung kommen. Überall muß ein Proletariat zwischen Einzelstaaten und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Ober zeigte alle Hoffnung auf die heute Versammlung, die der Reichsregierung die Vertretung nach außen einrichtungslos anvertrauen und die Nationalversammlung so schnell wie möglich berufen müsse.

Nach dem sprach Staatssekretär Ober über die Waffenstillstandsverhandlungen, wozu auf Antrag des Vorsitzenden Ober über beide Parteien gemeinsam diskutiert wurde. Als erster sprach Ober, der mit einem scharfen Protest gegen beide Staatssekretäre als Kompromissler bezeichnet der alten Zeit begann, deren Methode nicht im entferntesten werden können, daß in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan.

Nach Ober sprach noch eine Anzahl anderer Delegierter der Einzelstaaten, teils sozialistischer, teils gemäßigter Natur, unter ihnen Lipinski, Politz, Geisner, Otho, Nitzsch, Oeffen, Hermann, Gumpert; ferner kamen die Regierungsmitglieder Landberg, Reusch und Herrlein zum Wort. Lipinski erklärte, daß er im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hinnehmen, wogegen scharfe Forderungen einzuweisen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenrechte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung müsse zu schaffen werden, bis die Bedingungen für sie geschaffen seien. An eine Einberufung des Reichstags sei nicht zu denken. Er sei mit dem alten Regime verbunden. Die tatsächliche Regierung wolle zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Aufsicht von Deutsch-Oesterreich. Dies sei aber sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufsichtung des Sozialismus gegenüber dem Frieden durch sein Volk stattfinden.

### Für die Nationalversammlung!

Die Nachmittagsitzung wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Ober, der die Resolutionen für notwendig erklärte, aber vorher die Arbeiter- und Soldatenrechte als Vorparlament berufen will. Die Diskussion wolle man nach dem Reichstagsbeschluss. Die Diskussion wolle man nach dem Reichstagsbeschluss. Die Diskussion wolle man nach dem Reichstagsbeschluss.

1. Die Wahrung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme werden geschlossen zur deutschen Republik. Die verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wählen und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenrechte die Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnellste Durchführung des Präliminartriatens hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsamt des Innern schloß folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungeheure Verlorenheit des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern, und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Auslande fruchtbar zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Redeversimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsamt des Innern sprach auf dem Geschiebe der Finanzverhältnisse des Reichs hin. Er fordert ein rein praktisches Gelingen der Nationalversammlung. Ober appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die

deutsche Arbeiterkassette der Welt zeigt, daß 60 Jahre der Beziehung zur Selbstigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verlorengegangen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die konstitutionelle Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Beifall dankte er und schloß er die Reichskongress.

### Haase über den Wahltermin.

Berlin, 26. November. Die Unabhängigen veranlaßten gestern wieder große öffentliche Versammlungen. In einer davon sprach Haase. Er wandte sich gegen die Reichssozialisten, die immer noch in bürokratische Gedanken eingespannt seien. Als Ziel seiner Wünsche bezeichnete er die volle Befreiung des bürgerlichen

## Der staatsrechtliche Neuaufbau Deutschlands.

Die Revolution hat das alte deutsche Staatsrecht mit einem Aufbruch über den Haufen gemorren: Reichskämmerer und Bundesrat, Reichstag und bundesstaatliche Parlamente bestehen nicht mehr. Die Verfassung der alten Reichsordnung hat bereits unter Prinz Max von Baden begonnen, ohne daß das neue Recht umfassend kodifiziert und in Paragraphen gefaßt worden wäre. Früher war der Selbstschicksal so, daß der Reichskämmerer mit seinen vortragenden Räten und vertretenden Beratern die nächsten Maßnahmen und Befehle beriet, dann verließ er seine Vorstände im preussischen Staatsministerium durchzubringen und schließlich in Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten, besonders Sachsen und Bayern, eintrat. Sodann wurden die Entwürfe formell im Bundesrat eingetragt und auch dessen Genehmigung dem Reichstag als Geschenk der verbündeten Regierungen unterbreitet. Der überragende Einfluß der Präsidialmacht Preußens im deutschen Bundesstaat war sehr veranlaßt.

Durch die Neuerungen des Prinzen Max von Baden wurde dieser ganze Selbstschicksal über den Haufen gemorren. Der Reichskämmerer einigte sich nicht mehr mit dem preussischen Staatsministerium und den übrigen verbündeten Regierungen, sondern legte die Richtlinien mit der Reichstagsmehrheit fest, deren Wille oberstes Gebot im Staate wurde. Damit war Preußen seines Vorranges beraubt und auch die übrigen Bundesstaaten eines großen Teiles ihres Einflusses entzogen.

Diese Umwälzung hat sich verhältnismäßig reibungslos vollzogen. Im Reichstag des Krieges kam es nur darauf an, innere Auseinandersetzungen zu vermeiden. Es wäre oberflächlich nach Friedensschluß zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, weil die Neuabgrenzung und Neuverteilung der staatlichen Gewalt zwischen Reichstag und Bundesrat in allen Einzelheiten noch nicht endgültig festgelegt war und die verbündeten Regierungen immer wieder versucht hätten, ihren Einfluß zu behaupten und den verlorengegangenen wieder zu gewinnen.

Die Revolution hat diese Auseinandersetzungen gründlich überflüssig gemacht und eine neue Lage geschaffen, in der die alten Behörden und Organe weiter in allgemeinen in der bisherigen Weise amtierten, ohne aber in Einzelfällen die bisherigen Grenzen ihrer Tätigkeit strikt innezuhalten. So verordnete Bayern selbständig Noten an Berlin; so beschloß die A. B. u. G. den Anschluß an Bayern; so erklärten Hamburg und Lübeck, daß sie ausführen selbständige Staatsverträge zu sein und in der deutschen Volkswirtschaft aufgehen, womit sie eine bedingungslose, rein unitarische Lösung vorweg nahmen. Schleswig-Holstein wieder will sich als Sonderrepublik konstituieren, die beiden Mecklenburg bedingungslos ihre Verfassung übergeben. Alles das geschieht aus eigenem revolutionärem Recht, ohne Rücksicht auf das Reich und ohne Zusammenhang mit der von der Reichsregierung geduldeten und von ihr allein durchzuführenden Neuorganisation des ganzen Reichs.

Die Verteidiger der alten Ordnung, besonders der Monarchie, wurden nicht müde zu versichern, daß die Abdankung des Kaisers und der Sturz der Hohenzollern die Auflösung Deutschlands bedeuten müsse. Diese Propheten sind arg Illigen getraut worden. Die Revolution zeigte ein mächtiges Erstarken der auf Reichseinheit gerichteten (unitarischen) Strömungen. Die Revolution ist eben von den Städten gemacht worden, deren Bevölkerung, gleichgültig ob Arbeiter oder Bürger, das gleiche elementare Interesse an der Lebenserhaltung des Reichs haben.

Aber im Verlaufe der Revolution haben sich doch profunde Gräben geöffnet, wie die oben geschilderten, die beweisen, daß trotz den vorhandenen unitarischen Tendenzen offenebare Objekte der Reichsregierung von lokalen Gewalten nach eigenem Ermessen entschieden werden. Das Beispiel Bayerns zeigt sogar, daß diese Regierungen zu völkerrrechtlichen Akten übergehen und eigene Noten versenden, damit auch ohne Rücksicht auf das Reich eigene Verbindlichkeiten einget. Diese separatistischen Akte können noch gefährlicher werden, wenn die mit dem politischen Umsturz Hand in Hand gehende soziale Bewegung in den verschiedenen Reichsteilen verschiedene Ergebnisse zeitigt. Wenn in Berlin der Volkswille triumphieren sollte, so muß dies noch nicht in Bayern der Fall sein. Gegenstände auf dieser Grundlage können zwar nur zu vorübergehender Zersplitterung führen, aber die große Gefahr ist doch unleugbar, daß sie einen zeitweiligen Zerfall des Deutschen Reichs nach ruffischem Muster unterstufen, besonders da solche Strömungen von Frankreich nachdrücklich unterstützt werden. Die französische Regierung ist zu den alten Maximen der französischen Politik zurückgekehrt, die zum Umsturz Deutschlands seit Heinrich IV. über Richelieu bis nach Napoleon Bonaparte praktiziert worden sind und Frankreich den Ruf eines Erbfeindes des deutschen Volkes eingebracht haben: Die Monarchie des Westens und Herrschens.

Ein weiteres komplizierendes Moment tritt dadurch in Erscheinung, daß die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber der zu berufenden Nationalversammlung noch nicht klar abgegrenzt ist, und daß sich daraus eine destruktive Parallelregierung zweier verschiedenen gesetzgebender Gewalten entwickeln kann. Diese Gefahr ist, so groß sie auch scheinen mag, vielleicht am leichtesten dadurch zu beschneiden, daß die Personen, die von dem Vertrauen der Masse getragen, an die Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte berufen worden sind, durch ihre Amtsführung sich wahrhaftig dieses ehrenden Vertrauens erhalten und in die Nationalversammlung eintraten werden, wodurch eine Personalunion entsteht. Dadurch werden aufkeimende Gegensätze gemildert oder im Keime erstikt.

Gesetzes- und Verwaltungsapparates durch Kabinare der sozialistischen Parteien. Für ein solches Experiment sei es ein der jetzigen schwierigen Zeit kein Plan. Die Sozialisten wollten nicht verschlagen, sondern durch einen organischen Prozeß die soziale Selbstüberleitung der Allgemeinheit, wobei Expropriation und Verstaatlichung bleiben werden. Diese Stelle ferner ist, daß die Politik aber die Errungenschaften der Revolution müssen verankert werden. Die Nationalversammlung sei eine unbedingte Normendiktatorin, die das Recht der Beteiligung eingeräumt werden. Dies ist jedoch im Gebrauch noch nicht möglich.

Die Arbeiter- und Soldatenräte werden sich dann dem Völkerrichte der Nationalversammlung fügen, ohne daß sie das Gefühl haben, zum Wohne für klarere Arbeit in kleineren Teil ohne Sang und Klang abgedankt zu werden.

Eine erste Aufgabe der in möglichst kurzer Frist zu berufenden Nationalversammlung wird darum sein, sofort die deutschen Volkswirtschaft eine neue Verfassung zu geben.

Die Verfassung der deutschen Volkswirtschaft darf nicht rein unitarisch sein. Steuermacht läßt sich nicht von Berlin aus verwalten. Die bayerische Verfassung wird die Schulgesetzgebung nicht einem Reichsministerialkommissionar antworten wollen, sondern ihr Mitbestimmungsrecht geltend machen. Wien und Dresden werden auf eigene Parlamen nicht verzichten wollen.

Auf der anderen Seite beweist die faconne Gesetzgebung der lokalen Gewalten, daß die bisherige verwaltungsmäßige Gliederung Deutschlands überholt ist. Rein vernünftige Mensch wird begreifen, warum Thüringen aus innerem Grund in eine Anzahl von Kleinstaatchen zerfallen ist. Viele Reformen, die jetzt in dem Drange der sich überschlagenden Ereignisse auf eigene Faust vorgenommen wurden und die zu einem großen Teile sehr vernünftige sind, werden dann durch die Reichsgewalt unter Schonung aller Interessen befristet werden. Vor allem aber wird es nötig sein, Preußen, das seinen überragenden staatsrechtlichen Einfluß und seine geschichtliche Rolle eingebüßt hat, in große autonome Verwaltungsbezirke aufzulösen, die neben den anderen Bundesstaaten gleichberechtigt stehen.

Ein weiteres Problem, das zu lösen wir in diesem Zusammenhang nicht beanspruchen, das aber ebenfalls rechtliche Überlegung wert ist, kann sich auf dem Grunde der Bundesstaaten entwickeln, neben der reinen Unitarismus verfordern Nationalversammlung ebenfalls ein aktives Selbstbestimmungsrecht zu beanspruchen, um ihre Sonderinteressen wirksam zu vertreten. Eine solche Regelung dürfte sich mit Rücksicht auf die zu eröffnende Annäherung durch Völkerricht als nötig erweisen und kann schon deshalb in einem umfassenden Sinne gefaßt werden, weil die bundesstaatlichen Parlamente nicht mehr Verbe der Reaktion, sondern auf Grund des freiesten Völkerrichts der Welt gewählt sind. Selbstverständlich darf ein solches Verlangen nicht die ausschließliche Souveränität der konstituierenden Nationalversammlung schmälern, die aus eigenem Recht bestimmt, in welchem Umfang dieser Wunsch zu erfüllen ist, wenn er — was sicher scheint — geäußert werden sollte.

### Scharfer Einspruch gegen den Volkshewismus.

Krefeld, 25. November. In einem Telegramm des Soldatenrats der 4. Armee an den Reichskämmerer Ober heißt es u. a.: In Berlin wird das Verdict verbreitet, die 4. Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Minderheit, der Volkswilligen, verstanden wird, so deutet sich dieses Verdict mit der Tatsache, die 4. Armee wird jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, mit allen Mitteln bekämpfen, und ermahnt die allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung des Reichskämmerers Ober.

Der Soldatenrat der 4. Armee spricht im Namen von 500 000 Frontsoldaten. Er wendet sich gegen die Wankstufen der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Reich ins Land zu rufen. In unmittelbaren Rundgebungen wurde dem Reichskämmerer Krefeld: die Front will der Revolution zur Seite stehen, aber sie verlangt, in Berlin nicht zu werden. Wer die Heimkehr verweigert, läßt sich tatenlos geschehen, daß ohne sein Zutun über sein Schicksal entschieden wird. Dies ist billiges Recht und nicht Revolution.

Berlin, 25. November. Der Allgemeine Soldatenrat für das Gouvernement Altmark sandte an den Staatssekretär des Innern ein Telegramm, worin er erklärte, daß er sich nur in dem Standpunkt der Volkswirtschaft über die konstituierende Nationalversammlung und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die einzig berechtigte verfassunggebende Gewalt sieht, die geeignet ist, den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

### Protest gegen Berlin.

Rürnberg, 26. November. Vorher der germanen Völkerrichte Presse erhebt auch die sozialistische Freiheitliche Tageszeitung ihren Einspruch gegen die Diktatur des Proletariats, das die Verfassung Deutschlands produziert und der Revolution den Boden unter den Füßen wegzieht. Unter anderem meint das Blatt: Wir haben an dem einen Wilhelm II. genug und wollen nicht noch einen weiteren Wilhelm frei über Deutschland gebieten lassen.